

## **Regimetheorie**

### **und die Re-Regulierung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen**

*Cord Jakobeit*

**Wirksamere Entwicklungsprojekte und die Verbesserung der nationalen makroökonomischen und politischen Strukturen können allein eine global nachhaltige Entwicklung nicht gewährleisten. Erforderlich sind auch Reformen bei den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, d. h. eine Re-Regulierung der Handels-, Währungs-, Verschuldungs- und Finanzhilferegime der Weltwirtschaft.**

**Aber wie kann hier zwischen nur Wünschenswertem und politisch Durchsetzbarem unterschieden werden? Regimetheoretische Überlegungen können bei der Beantwortung der Frage helfen, welche erfolversprechenden Strategien es kurz-, mittel- und langfristig für solche institutionellen Reformen gibt.**

In den fünf Jahrzehnten seit dem Beginn der internationalen entwicklungspolitischen Aktivitäten und Debatten Ende der 40er Jahre wurde das Gewicht in unterschiedlichem Maße auf die lokale, nationale und internationale Ebene gelegt.

Zunächst ging es vor allem um die lokale Ebene. Unter Rückgriff auf modernisierungstheoretische Annahmen über die Konvergenz ökonomischer Entwicklungen war man bestrebt, die Investitionslücke in den Entwicklungsländern durch technische und finanzielle Transferleistungen zu schließen. Binnenmarkt-orientierte Strategien – so wurde in den 50er und 60er Jahren argumentiert – böten die beste Gewähr für Industrialisierung, Wachstum und anschließende Demokratisierung. Einzelne, lokal begrenzte Entwicklungsprojekte sollten an strategischen Stellen für den notwendigen Schub sorgen, um der Moderne zum

Durchbruch zu verhelfen und sich selbst tragendes Wachstum zu ermöglichen. Der Staat sollte, den Vorgaben des Keynesianismus folgend, aktiv intervenieren und die volkswirtschaftlichen Schlüsselgrößen steuern.

Spätestens mit Beginn der 70er Jahre setzte die Desillusionierung ein. Statt der erhofften Wachstumsprozesse waren Stillstand oder Rückschritt die Regel. Von Konvergenz auf globaler Ebene konnte keine Rede sein. Wo es zu Wachstumsprozessen kam, stellte sich rasch heraus, daß Wachstum nur selten mit Entwicklung gleichzusetzen ist. Bei den wenigen Erfolgsfällen raschen Wachstums waren die sozialen und ökologischen Defizite nicht zu übersehen. Vielfach hatten sich staatliche Bürokratien entwicklungshemmend verselbständigt, und autoritäre Herrschaftsformen erwiesen sich zunächst als ausgesprochen resistent gegen die demokratische Alternative.

Diese ernüchternde Bestandsaufnahme führte in Verbindung mit weiteren Faktoren zu einer Neudefinition, bei der die lokale Ebene an Bedeutung verlor und die nationale Ebene in den Mittelpunkt rückte. Einzelne Entwicklungsprojekte, so erfolgreich sie auch immer sein mögen, sind auf ein Umfeld angewiesen, das Entwicklung fördert und nicht hemmt. Statt weiter in uferloser "Projektitis" zu verharren, machten sich die bi- und multilateralen Geber ab Ende der 70er Jahre daran, die nationalen makroökonomischen Rahmenbedingungen für Entwicklung zu verbessern. Dieser Schwenk wurde nicht unwesentlich dadurch vorangetrieben, daß, ausgehend von den USA und Großbritannien, markt- bzw. ordoliberalen Theorien seit Ende der 70er Jahre einen scheinbar unaufhaltsamen Siegeszug angetreten hatten (Yergin, Stanislaw 1998).

Als letzte verbliebene "Großtheorie" bestach der Neoliberalismus vor allem durch seine Simplifizierung. Mit dem grenzenlosen Vertrauen in die "Magie des Marktes" gab es scheinbar auf alle Entwicklungsprobleme eine Antwort. Insbesondere der Staat wurde als Wurzel allen Übels diagnostiziert und mittels Deregulierung und Liberalisierung in die Schranken verwiesen. Die Konzentration auf den Ausgleich von Staatshaushalten und Leistungsbilanzen durch eine neoliberal inspirierte Neuausrichtung der Handels-, Fiskal- und Geldpolitik bot in der Verschuldungskrise der 80er Jahre zudem den Vorteil, daß die Zahlungsfähigkeit der Schuldnerstaaten zumindest in Teilen aufrechterhalten werden konnte.

Mit dem Ende des realsozialistischen Gegenmodells konnte schließlich ab Anfang der 90er Jahre die ökonomische Strukturanpassung auch um eine politische Komponente erweitert werden. Neben der Verpflichtung auf einen marktwirtschaftlichen Kurs wurden "Gute Regierungsführung" und Demokratisierung zu neuen Leitbildern für Entwicklung ausgerufen.

## **Vernachlässigung der internationalen Ebene**

Welche Rolle spielte in den fünf Jahrzehnten das institutionelle Umfeld auf der internationalen Ebene? Je nach Blickwinkel wurde diese Ebene entweder neutral bis wohlwollend ausgeblendet oder als zentrales Übel geißelt.

Als in den 50er Jahren die entwicklungspolitischen Aktivitäten einsetzten, gab es bereits ein institutionelles Umfeld für die Entwicklung der Weltwirtschaft, das als "eingebetteter Liberalismus" (Ruggie 1983) charakterisiert werden kann. Unter US-amerikanischer Hegemonie waren Mitte der 40er Jahre für den internationalen Waren- und Kapitalverkehr Grundsätze und Ziele (**Prinzipien**), Rechte und Pflichten (**Normen**), Gebote und Verbote (**Regeln**) sowie Entscheidungsverfahren (**Prozeduren**) festgelegt und in GATT, IWF und Weltbank organisatorisch verankert worden, die zwar stark marktwirtschaftlich geprägt waren, gleichzeitig aber auch wohlfahrtsstaatliche Komponenten enthielten.

Die USA folgten dabei der Erkenntnis, daß ihr Modell von liberaler Marktwirtschaft und Demokratie nur dann von Dauer sein würde bzw. die Stabilität der geschaffenen internationalen Ordnungssysteme nur dann gewährleistet werden könne, wenn diese den Nachzüglern eine Chance zum Aufholen boten.

Zunächst nutzten die kriegszerstörten Volkswirtschaften in Westeuropa und Japan diese Chance. In den 70er und 80er Jahren folgten die ost- und südostasiatischen Schwellenländer und zuletzt die drei ostmitteleuropäischen Reformstaaten. In der Gegenwart sind unschwer die 29 OECD-Staaten, der "Club der Reichen" (Ausnahmen: Mexiko, Türkei und jetzt auch Südkorea), als Hauptnutznießer der bestehenden institutionellen Strukturen der Weltwirtschaft auszumachen.

Wie lassen sich in regimetheoretischer Terminologie (Krasner 1983; Müller 1993) die wichtigen Prinzipien und Normen der bestehenden Weltwirtschaftsordnung näher charakterisieren, und wo liegen darin die wohlfahrtsstaatlichen bzw. entwicklungsför-

dernden Elemente? (Mit Regimen sind hier die internationalen Ordnungs- und Regelsysteme der Weltwirtschaft gemeint, die auf die Berechenbarkeit und langfristige Verrechtlichung der internationalen Zusammenarbeit abzielen. Nicht gemeint sind nationale autoritäre Herrschaftssysteme, wie etwa das "Regime Saddam Husseins".)

Aufbauend auf dem Theorem der komparativen Kostenvorteile beruht das **Welthandelsregime** auf dem Grundsatz, daß weltweiter Freihandel für alle beteiligten Staaten die beste Gewähr für rasches Wirtschaftswachstum und allgemeine Wohlfahrtssteigerung bietet. Oberste Ziele der zentralen internationalen Organisation des Regimes, der WTO, sind der Abbau des Handelsprotektionismus durch internationale Kooperation sowie die Etablierung eines globalen Freihandelssystems. Als zentrale Norm des Regimes müssen im Zweifel marktliberale Verhaltensweisen Vorrang vor protektionistischen haben.

Mit dem **Weltwährungsregime** wurde bis Anfang der 70er Jahre das Ziel verfolgt, mittels fester Wechselkurse die notwendige Erwartungsstabilität und hinreichende internationale Liquidität für den expandierenden Welthandel zu gewährleisten. Die zentrale Norm des Regimes verpflichtete die Staaten auf währungspolitische Stabilität, um den festen, durch die Dollar-Gold-Garantie untermauerten Wechselkurs zu sichern. Durch die Aufhebung der Dollar-Gold-Garantie und den Übergang zum "freien Floating" der Währungen, d.h. zur börsentäglich schwankenden Wechselkursbildung nach Angebot und Nachfrage, wurde das Weltwährungsregime durch ein marktorientiertes System ersetzt. Auch immer mehr Entwicklungsländer haben in den letzten Jahren die Kapitalverkehrskontrollen aufgehoben und sind zum "freien Floating" ihrer Währungen übergegangen.

Allerdings gelang es der zentralen internationalen Organisation des Weltwährungsregimes, dem IWF, sich im Rahmen des **Verschuldungsregimes**, dessen Konturen bereits im Weltwährungsregime angelegt waren, neue Aufgabenfelder zu erschließen. Um der durch weltwirtschaftliche Turbulenzen mitverursachten Verschuldungskrise der Entwicklungsländer Herr zu werden, wird im Verschuldungsregime vor allem das Ziel verfolgt, die internationale Zahlungsfähigkeit und Liquidität zu erhalten. Die zentrale Norm des Regimes verpflichtet die Schuldnerstaaten zur makroökonomischen Strukturanpassung. Mittels neuer Kredite und der Verpflichtung auf marktwirtschaftliche Reformen und

Weltmarktorientierung soll die Aufrechterhaltung des Schuldendienstes sichergestellt werden.

Zwar enthalten auch die bisher aufgeführten Regime wohlfahrtsstaatliche bzw. entwicklungsfördernde Elemente – z. B. die Ausnahmeregeln für Entwicklungsländer im Rahmen des Welt handelsregimes, die zeitlich begrenzte Importquoten und Abweichungen von der Meistbegünstigung erlauben, oder die Liquiditätshilfen und partiellen Schuldenerlasse im Verschuldungsregime –, aber das **Finanzhilferegime** der Weltwirtschaft kann als das eigentliche entwicklungsfördernde Kernstück der Weltwirtschaftsordnung (Jakobeit 1998) bezeichnet werden, wobei Finanzhilfe hier verstanden wird als der Transfer von Finanzmitteln oder geldwerten Vorteilen (Technologietransfer, Ausbildungshilfe, Beratung etc.) aus den Industrieländern in die Entwicklungsländer.

Das Finanzhilferegime mit der Weltbank als zentraler internationaler Organisation an der Spitze ist dem Grundsatz verpflichtet, daß die Sicherung, Akzeptanz und Entfaltung des Marktliberalismus auf globaler Ebene der kooperativen Heranführung und Integration derjenigen Staaten bedarf, die – obwohl formal gleichberechtigt – mit den Nebenfolgen des Systems überfordert sind. Bei Strafe des Untergangs können gravierende Asymmetrien zwischen den Staaten nicht auf Dauer hingenommen werden.

Die zentrale Norm des Regimes verpflichtet die Industrieländer dazu, auch ohne unmittelbar greifbare Gegenleistungen Ressourcen für die weniger entwickelten Länder bereitzustellen. Allerdings gibt es über den Umfang der zu erbringenden Hilfsleistungen für die Geber keine völkerrechtlich verbindlichen Verpflichtungen.

Diese Spielregeln und Leitlinien der Weltwirtschaft, die trotz strukturell höchst unterschiedlicher Ausgangsbedingungen der Staaten von gleichen Chancen für alle Akteure ausgehen, wurden lediglich während der Dependencia-Diskussion der 60er und 70er Jahre in Frage gestellt. Damals gipfelte die Diagnose einer strukturellen Abhängigkeit aller Entwicklungsländer durch die bestehende Ordnung der Weltwirtschaft in den Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung (NWWO). Dieser Frontalangriff auf die Prinzipien, Normen, Regeln und Verfahrensweisen der bestehenden Regimestruktur zielte auf deren komplette Umgestaltung.

Beflügelt von ihrer scheinbaren Machtposition nach der ersten Ölkrise der 70er Jahre, wollten die Entwicklungsländer in grandioser Selbstüberschätzung der eigenen Verhandlungsstärke den Freihandel durch ein sie begünstigendes Präferenzsystem ersetzen, massive Schuldenstreichungen erreichen, einen völkerrechtlich verbindlichen Ressourcentransfer aus den Industrieländern durchsetzen und in den wichtigen internationalen Organisationen der Weltwirtschaft (Weltbank, IWF) durch die Einführung des Entscheidungsverfahrens nach dem UN-Prinzip ("ein Land – eine Stimme") das Kommando übernehmen.

Das geschlossene Auftreten der Industrieländer, die Entwicklungserfolge einiger ost- und südostasiatischer Staaten in bewußter Ausnutzung des bestehenden Regelwerkes und der Ausbruch der Verschuldungskrise zu Beginn der 80er Jahre bereiteten der NWWO-Diskussion ein jähes Ende. Danach wurde es wieder still um die "exogenen Variablen". Das bestehende liberale Ordnungssystem der Weltwirtschaft wurde als gegeben bzw. entwicklungsfördernd akzeptiert, und die entwicklungstheoretische Diskussion wandte sich wieder den lokalen und nationalen bzw. endogenen Hindernissen von Entwicklung zu.

## **Die Wiederentdeckung der internationalen Ebene**

In der regimetheoretischen Forschung, die nicht etwa nur auf den Bereich der Weltwirtschaft begrenzt ist, sondern auch für die Analyse der internationalen Sicherheits- und Umweltpolitik herangezogen werden kann, geht es neben der Untersuchung der Gründe für **Entstehung** und **Wandel** von internationalen Regimen auch um deren **Wirkung** (Hasenclever, Mayer, Rittberger 1996). Fragt man nach den entwicklungsfördernden Wirkungen der Regime der Weltwirtschaft bzw. nach der Wirkung des Finanzhilferegimes, dann wird deutlich, warum die internationale Ebene in der entwicklungstheoretischen Diskussion in den letzten Jahren wieder zu einem Thema geworden ist. Denn die Mängel, Widersprüche und Defizite des bestehenden institutionellen Regelwerkes und seiner Umsetzung sind zuletzt immer offenkundiger geworden:

- Dauerhafte Verletzung der Prinzipien und Normen des ausgehöhlten **Finanzhilferegimes**: Mit rapide sinkenden öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen der Industrieländer nehmen die Asymmetrien zwischen Arm und Reich zu statt ab. Die soziale

Frage hat zwischen und innerhalb von Staaten bereits systemdestabilisierende Ausmaße erreicht. Private Kapitaltransfers, die vielfach als Alternative gepriesen werden, sind zwar seit Anfang der 90er Jahre rasant gestiegen, blieben aber zu über 95% auf rund 20 Schwellenländer begrenzt. Seit Ausbruch der Asien-Krise gehen selbst in diesem Bereich die Transfers, deren soziale Wirkungen ohnehin umstritten sind, wieder zurück.

- Im inzwischen marktbestimmten **Weltwährungsregime** sind die ursprünglichen Ziele der Berechenbarkeit und Stabilität auf den Kopf gestellt: Der Abbau der Kapitalverkehrskontrollen hat im Zusammenspiel mit finanztechnischen Innovationen und neuen Kommunikationstechnologien die spekulativen Umsätze an den Devisenbörsen in astronomische Höhen getrieben. Volatilität und Krisenanfälligkeit sind stark gestiegen (mit verheerenden Folgen für die betroffenen Volkswirtschaften). Leistungsbilanzdefizite bzw. -überschüsse wurden verfestigt statt beseitigt.

- Im Rahmen des **Verschuldungsregimes** konnte zwar der globale Finanzcrash verhindert und die internationale Zahlungsfähigkeit aufrechterhalten werden, aber die ärmsten Entwicklungsländer leiden fortgesetzt unter den Auswirkungen der Verschuldungskrise der 80er Jahre, während momentan in Asien, Lateinamerika und Rußland eine neue Verschuldungsmisere entsteht. Die Strukturanpassungsnorm des Regimes wurde als Hebel für die Durchsetzung ordoliberaler Ideologien instrumentalisiert.

- Zwar hat das **Welthandelsregime** zu den hohen Steigerungsraten im Welthandel beigetragen, aber dieser Handel findet zu über 70% innerhalb der OECD-Welt statt. Hier sind es inzwischen die Schwellenländer, die von den Industrieländern die Respektierung des marktliberalen Regimekerns einfordern, um einen besseren Marktzugang zu erreichen. Zur Wahrung einseitiger Vorteile verletzen die Industrieländer mit Protektionismus, Export-dumping und unilateralem Vorgehen fortgesetzt die Prinzipien und Normen des Regimes.

- **Die Unvollständigkeit der Regimestruktur:** 1) Zwar sind in den letzten Jahren zur kooperativen Bearbeitung der globalen **Umweltherausforderungen** in vielen Problembereichen Umweltregime entstanden (Ozon, Klima, Desertifikation etc.), aber nachhaltige Entwicklung setzt voraus, daß Umweltbelange querschnittartig in die Weltwirtschaftsregime integriert und ökologische Kosten internalisiert werden. Bis zum Erreichen dieser Ziele

ist der Weg offensichtlich noch sehr weit. 2) Neben verbindlichen und konsensualen ökologischen und sozialen Regeln und Indikatoren mangelt es auch an einer internationalen **Wettbewerbsordnung**. Denn kontinentübergreifende Konzernfusionen steigern die Gefahr des Machtmißbrauchs durch globale Oligopole und Monopole, die z. B. im Flugzeugbau oder in Teilen der Software-Industrie und des Medienbereiches bereits erkennbar sind.

Solche oder ähnliche Bestandsaufnahmen haben zuletzt zu weitreichenden **Reformvorschlägen** für eine Neugestaltung der internationalen Ebene geführt. Gefordert werden u. a. die "verstärkte institutionelle Einhegung der Marktkräfte auf globaler Ebene" (Brock 1997:131), "ein neues Bretton Woods mit einer langen Tagesordnung" (Menzel 1998: 48), oder – basierend auf dem "Global-Governance"-Konzept (Commission on Global Governance 1995; Messner, Nuscheler 1996) – für die Weltwirtschaft die Neugestaltung bzw. Neuschaffung von Welthandelsordnung, globaler Wettbewerbsordnung, Weltwährungsordnung, Weltsozialordnung und Weltumweltordnung.

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, daß mit diesen Vorschlägen die politische Debatte über die Gestaltung der internationalen Rahmenbedingungen wiedereröffnet wird, die zu lange von der Hegemonie des reinen Marktmodells unterdrückt wurde. Allerdings konzentrieren sich viele dieser Vorschläge stark auf normativ-idealistische Elemente, während präzisere Vorstellungen darüber fehlen, wie denn der geforderte Wandel zu erreichen wäre. Hier können regimetheoretische Überlegungen weiterhelfen.

### **Was ist wann und wie politisch machbar?**

Im Gegensatz zum Regimewandel, der leichter möglich ist, entsteht eine völlig neue Regimestruktur erst dann, wenn ein Konsens darüber besteht, warum die alte Ordnung vollständig versagt hat. Das alte Paradigma muß deutlich gescheitert sein; ein neues muß zur Verfügung stehen. Außerdem bedarf es in der Regel eines einzelnen Hegemons oder des konsensualen Zusammenspiels der wichtigen Akteure, um einen radikalen Neuanfang auf internationaler Ebene durchzusetzen. Diese Bedingungen waren zweifellos am Ende des Zweiten Weltkrieges erfüllt.

Gegenwärtig wächst das Unbehagen über die internationale Wirtschaftsordnung. Die einstige Hegemonie der Marktideologen ist ins Wanken geraten. Und insbesondere das marktliberale Weltwährungsregime ist nach den Finanzkrisen in Asien, Rußland und Lateinamerika sowie den spektakulären Schieflagen bei einzelnen Hedge-Fonds einem großen Reformdruck ausgesetzt. Aber das alles erfüllt noch nicht die genannten Bedingungen.

Immerhin besteht inzwischen bei den zentralen internationalen Organisationen die Bereitschaft, ernsthaft über einen Regimewandel nachzudenken. Das gilt auch für den einzig verbliebenen potentiellen Hegemon, die USA, wo trotz der ansonsten gewachsenen Neigung zu unilateralem Vorgehen neue Spielräume für Veränderungen auf der internationalen Ebene entstanden sind. Wenn in den USA eine "bunte" Koalition aus kritischen NROs, konservativen *Think Tanks* und dem *Wall Street Journal* zum Angriff auf den IWF bläst und die Clinton-Administration ankündigt, daß sie künftig die Protokolle der WTO-Streitschlichtungsverfahren mit US-Beteiligung veröffentlichen wird, dann gibt es Chancen für einen Regimewandel. An diesen Stellen muß die Reformstrategie zunächst ansetzen.

**Kurzfristig** ist es wichtig, den bereits bestehenden Reformdruck auf die wichtigen internationalen Organisationen der Weltwirtschaft durch eine Intensivierung und Professionalisierung der Lobby-Arbeit zu verstärken. Die Organisationen sollten an ihren eigenen "Good-Governance"-Kriterien gemessen und auf die Beachtung der zugrundeliegenden Prinzipien und Normen des jeweiligen Regimes verpflichtet werden. Nicht nur Projekte der Entwicklungszusammenarbeit müssen sich der kritischen Überprüfung stellen, sondern auch die planenden, konzipierenden und ausführenden Organisationen. Verbesserte Transparenz, Informationspflicht und eine konsequente Evaluierung von außen sind die Einfallstore, die es Parlamenten, Gruppen der Zivilgesellschaft und nichtstaatlichen Kommunikationsnetzwerken erlauben, verdeckte Entscheidungsprozesse offenzulegen und wirkungsvoll zu kontrollieren.

In diesem Zusammenhang sind Personalentscheidungen über die Spitzenpositionen bei den internationalen Organisationen keine zu vernachlässigende Größe. James Wolfensohn und Joseph Stiglitz zeichnen mit dafür verantwortlich, daß die Weltbank zuletzt weniger stark im Mittelpunkt der Kritik gestanden hat. Allerdings muß dabei zunächst noch offenbleiben, wie weit

der Wandel bei der Weltbank tatsächlich reicht. Die fortbestehende Geheimniskrämerei bei IWF und WTO steht der geforderten Demokratisierung der internationalen Ebene allerdings um so stärker entgegen.

Demokratisierung und Transparenz auf der internationalen Ebene sowie Mobilisierung der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit schaffen erst die Voraussetzungen, daß **mittelfristig** anspruchsvollere Ziele für den Regimewandel in Angriff genommen werden können. Denn es bedarf der Veränderung von Interessen- und Machtstrukturen, damit die entwicklungsfördernden Elemente der bestehenden Weltwirtschaftsregime wieder stärker betont, weitergehender Schuldenerlaß ermöglicht und die besorgniserregende Aushöhlung des Finanzhilferegimes gestoppt und umgekehrt werden können.

Da der Erfolg der Entwicklungszusammenarbeit aber nicht am Umfang der finanziellen Zusagen gemessen werden sollte, ist es an der Zeit, die mantrahafte Beschwörung des 0,7-Prozent-Zieles zu den Akten zu legen. Viele gescheiterte Projekte zementieren die Abhängigkeit und sind weit schlechter als wenige gelungene Projekte, die die Kriterien der ökonomischen Effizienz, der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit erfüllen.

Außerdem muß es mittelfristig darum gehen, die diagnostizierten **Lücken in der Regimestruktur** (Wettbewerbsordnung, Umwelt und Soziales als Querschnittsthema) zu schließen. Wie sich an Beispielen aus dem Umwelt- oder Sicherheitsbereich belegen läßt, bedurfte es auch dort in den späteren Erfolgsfällen häufig langer Vorlaufzeiten von mehr als einem Jahrzehnt, bevor eine völkerrechtliche Konvention erarbeitet, unterzeichnet und ratifiziert worden ist. Und selbst dann ist es oft noch ein weiter Weg, bevor die Zielsetzungen des Regimes tatsächlich auch in den Nationalstaaten umgesetzt werden.

Allerdings liefert der detaillierte Blick auf einzelne Regime im Umweltbereich (Ozonregime, Globale Umweltfazilität) auch Anhaltspunkte dafür, wie – exemplarisch für eine Neuordnung der Nord-Süd-Beziehungen – Entscheidungsverfahren mittels einer doppelt-gewichteten Mehrheit so gestaltet werden können, daß hierarchische Strukturen durch kooperative ersetzt werden. Bei diesen Verfahren können Norden und Süden sich nicht gegenseitig überstimmen, sondern müssen kooperieren.

**Langfristig** muß an dem Projekt festgehalten werden, das marktliberale Paradigma durch ein konkurrenz- und konsensfähiges

ges Modell zu ersetzen, bei dem Entwicklungs- und Umweltziele einen weit höheren Stellenwert einnehmen. Ein weitreichender Regimewandel setzt ein solches neues Paradigma voraus.

Mit dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung oder dem "Global-Governance"-Konzept liegen ernstzunehmende Ansätze vor. Beide sind darum bemüht, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten, sondern eine andere Optimierung des Zusammenspiels von institutioneller Regulierung und Freiheit des Marktes zu erreichen. Beide erscheinen geeignet, die wachsenden Widersprüche zwischen den Annahmen des marktliberalen Paradigmas und der davon immer stärker abweichenden beobachtbaren Realität zu erfassen und neue Deutungsmuster zu liefern, mit deren Hilfe sich Theorie und Realität wieder stärker in Einklang bringen lassen. Beide sind aber auch noch weit davon entfernt, im Detail realistische und umsetzbare Alternativen zu präsentieren.

Damit dürfte klar sein, daß die Anhänger eines neuen Paradigmas noch sehr lange und sehr ausdauernd Überzeugungsarbeit leisten und konzeptionelle Lücken schließen müssen, bis die Nützlichkeit des neuen Denkens mehrheits- und durchsetzungsfähig geworden ist.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß beim Ruf nach neuen institutionellen Strukturen für die Weltwirtschaft nicht übersehen werden sollte, daß es diese bereits in weiten Teilen gibt. Das Problem besteht eher darin, daß die durchaus vorhandenen entwicklungsfördernden Strukturen ausgehöhlt oder verschüttet wurden. Regimetheoretische Überlegungen können ein Zeichen gegen die verbreitete Mutlosigkeit und Resignation setzen, indem sie verdeutlichen, daß und wie der Wandel zurück zu einer Aufwertung der kooperativen und wohlfahrtsorientierten Regimeelemente möglich bleibt.

---

#### **Literatur:**

Lothar Brock (1997): Dritte Welt weltweit. Die Verallgemeinerung der Entwicklungsproblematik als Focus der Theoriebildung, in: E+Z 1997:5/6, S. 128-132

Commission on Global Governance (Hg.) (1995): Nachbarn in Einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik. Bonn

Andreas Hasenclever, Peter Mayer, Volker Rittberger (1996): Interests, Power, Knowledge: The Study of International Regimes, in: Mershon International Studies Review, 40, 2 (Suppl.), S. 177-228

- Cord Jakobeit (1998): Internationale Institutionen in den ökonomischen und ökologischen Nord-Süd-Beziehungen (Habilitationsschrift, Universität Hamburg, Institut für Politikwissenschaft). Hamburg
- Stephen D. Krasner (Hg.) (1983): International Regimes. Ithaca
- Ulrich Menzel (1998): Das Ende der Einen Welt und die Unzulänglichkeit der kleinen Theorien, in: E+Z 1998:2, S. 40-44
- Dirk Messner, Franz Nuscheler (1996): Global Governance. Organisations-elemente und Säulen einer Weltordnungspolitik, in: Dies. (Hg.): Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion. Bonn, S. 12-36
- Harald Müller (1993): Die Chance der Kooperation. Regime in den internationalen Beziehungen. Darmstadt
- John Gerard Ruggie (1983): International Regimes, Transactions, and Change: Embedded Liberalism in the Postwar Economic Order, in: Stephen D. Krasner (Hg.): International Regimes. Ithaca, S. 195-231
- Daniel Yergin, Joseph Stanislaw (1998): The Commanding Heights. The Battle between Government and the Marketplace that is Remaking the Modern World. New York

---

**Dr. Cord Jakobeit** ist Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg und Lecturer an der Stanford University, Stanford Study Center in Berlin.